

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0  
Telefax: 886846 ppbn  
Telefax: (0228) 91520-12



## Inhalt

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB nennt zehn Forderungen der SPD zur Entwicklungspolitik: Nord-Süd-Beziehungen als Querschnittsaufgabe.

Seite 1

Robert Leidinger MdB setzt sich mit der Forderung auseinander, das Militär im Inneren einzusetzen: Bundeswehr kein innenpolitischer Notnagel.

Seite 3

Wolfgang Zeisig wirft der Union vor, den politischen Gegner niedermachen zu wollen: In Anknüpfung an frühere Kampagnen.

Seite 3

Hans Bütner MdB kommentiert das 'Beschäftigungsprogramm' der Koalition: Geschäfte machen mit der Not.

Seite 4

Professor Dr. Rolf Wernstedt weist auf ein Buch zur Gewaltbereitschaft Jugendlicher hin: Thesen, die uns eine neue Kursbestimmung nahelegen.

Seite 5

Siegfried W. Scheffler MdB wirft der FDP vor, die Senkung der Promillegrenze zu blockieren: Mittelbare Schuld an Verkehrsunfällen.

Seite 6

49. Jahrgang / 14

20. Januar 1994

### Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe Zehn Forderungen der SPD

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB  
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Anlässlich der Ausschlußberatungen zum 9. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung hat die SPD ihren Forderungskatalog in zehn Punkten zur Diskussion gestellt. Ziel ist es, unter den veränderten weitpolitischen Bedingungen Handlungskonzepte zu entwickeln, die den politischen und strukturellen Veränderungen in Entwicklungs- und Industrieländern besser gerecht werden.

1. Auf der Grundlage der Ergebnisse der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 sollen ressortübergreifende Strategien zur Umgestaltung der Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik entwickelt werden. Dies soll in Wahrnehmung der in der Deklaration von Rio konstatierten Verantwortung der Industrieländer für Umwelt und Entwicklung geschehen.
2. Entwicklungspolitik soll Handlungskonzepte entwickeln, die nicht nur Strukturanpassungen im Süden und Osten, sondern auch eine sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung im Norden befördern. Neben den klassischen Entwicklungsaufgaben müssen die Rahmenbedingungen in den Entwicklungs- und Transformationsländern des Südens und Ostens entsprechend verbessert werden.
3. Es sollen Initiativen ergriffen werden, um die Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen auf die sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse in den Entwicklungs- und Transformationsländern zu untersuchen. Dabei soll der besonderen Entwicklungssituation von Frauen und ethnischen Minderheiten Rechnung getragen werden.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

4. Die Entwicklungszusammenarbeit soll stärker auf die inneren Potentiale der Entwicklungsländer und ihre regionale Zusammenarbeit ausgerichtet werden. Staatliche Projekte sollen sich überwiegend auf demokratische und wirtschaftlich effiziente Rahmenbedingungen, die Befähigung der Menschen, eine flexiblere Soforthilfe, auf Ernährungssicherung und Umweltschutz konzentrieren. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit zwischen Staat und Nichtregierungsorganisationen intensiviert und verstärkt sowie privates Kapital für entwicklungspolitische Ziele, insbesondere für Direktinvestitionen, aktiviert werden.
5. Die Entwicklungszusammenarbeit soll die im Jahre 1991 formulierten fünf Kriterien (Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, Rechtssicherheit, Wirtschafts- und Sozialordnung, Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns) bei der Zusage und Durchführung von entwicklungspolitischen Maßnahmen anwenden. Initiativen anderer Ressorts in Entwicklungsländern dürfen mit den entwicklungspolitischen Kriterien nicht in Widerspruch stehen.
6. Anhand konkreter Angaben über die jeweiligen Militärausgaben von Entwicklungsländern sowie einer Analyse der außen- und sicherheitspolitischen Einbindung spezifischer Länder in ihren Regionen sollen Umfang und Formen der Entwicklungszusammenarbeit geprüft werden. Der Export von Rüstungsgütern in Entwicklungsländern soll unterbunden werden und einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterliegen.
7. Es sollen in höherem Maße als bisher staatliche Mittel für die Sanierung hochverschuldeter Entwicklungsländer eingesetzt und die externen Zins- und Tilgungsforderungen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Länder und ihrer Möglichkeit zu externem Kapitaltransfer angepaßt werden.
8. Die Bildungs- und Forschungsförderung durch Entwicklungszusammenarbeit soll insbesondere die Erziehungs- und Ausbildungsprobleme von Frauen berücksichtigen, bedarfsgerechte Berufsbildungsmaßnahmen anbieten und den Wissens- und Technologietransfer fördern.
9. Das Parlament soll rechtzeitig über die Beteiligung der Bundesrepublik an internationalen Konferenzen, insbesondere über geplante Maßnahmen in den Gremien der Vereinten Nationen, der Weltbank, des IWF und der regionalen Entwicklungsbanken informiert werden, so daß dem Parlament die Möglichkeit gegeben ist, vor wichtigen Entscheidungen dieser Gremien Stellung zu nehmen.
10. Im Interesse von Nachhaltigkeit, politischer Kohärenz und von "schlanker" Verwaltung soll geprüft werden, wie das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung seine Aufgabe in Zukunft besser erfüllen kann: um eine bessere Abstimmung zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsförderung, zwischen längerfristigen Entwicklungsaufgaben und steigenden Anforderungen der Sofort- und Nothilfe, zwischen Entwicklungs- und Migrationspolitik zu gewährleisten. Zusammengehörende und verwandte Aufgaben, die in verschiedenen Ressorts verstreut waren, sollen in Zukunft wirksamer koordiniert werden. Entwicklungspolitik muß als Querschnittsaufgabe verstanden werden.

(-/20. Januar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Bundeswehr kein innenpolitischer Notnagel**

**Unsere Verfassung sieht allein den Auftrag vor, die äußere Sicherheit zu schützen**

**Von Robert Leidinger MdB**

**Mitglied im Verteidigungsausschuß des Bundestages**

Der Einsatz der Bundeswehr ist nach unserem Grundgesetz ganz klar auf die Aufgaben zur Erhaltung der äußeren Sicherheit unseres Landes begrenzt. Nur im Rahmen einer Gefahr für den Bestand von Bund und Ländern oder für die demokratische Grundordnung können die Streitkräfte zur Unterstützung von Polizeiaufgaben in klar begrenztem gesetzlichen Rahmen eingesetzt werden.

Es besteht keinerlei Grund, an dieser bewährten Verfassungslage zu rütteln.

Es besteht keine Notlage, die einen Einsatz der Bundeswehr zur Grenzüberwachung gegen Schleuser rechtfertigt. Der CSU-geführte Freistaat Bayern und der Bund sollen erst einmal ihre Hausaufgaben machen. Wenn die Kräfte und Mittel der Polizeiorgane nicht ausreichen, um illegale Grenzübertritte einzudämmen, müssen diese von Bund und Ländern verstärkt werden.

Die CSU betrachtet die Bundeswehr wohl als eine Art Bauchladen, aus dem man beliebig schöpfen könne, um Löcher in anderen Bereichen der Exekutive zu stopfen. Dazu sind aber die Soldaten nicht vorgesehen, und auch nicht ausgebildet.

Diese Geisterdebatte, die keinerlei Aussicht auf Umsetzung in praktisches politisches Handeln hat, muß unverzüglich beendet werden.

(-/20. Januar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**In Anknüpfung an frühere Kampagnen**

**Die Union will den politischen Gegner niedermachen**

**Von Wolfgang Zelsig**

Die Unionsparteien haben den Wahlkampf begonnen. Schon ihre ersten Aktionen lassen erkennen, daß mit den Wahlkampfkonzepten von gestern wieder einmal eine gefährliche innenpolitische Polarisierung herbeigeführt werden soll. Wenn der CSU-Landesgruppenchef Glos meint, es müsse geklärt werden, 'wieweit fremde Mächte Einfluß auf das Geschehen in der alten Bundesrepublik gehabt hätten' und wieweit Herbert Wehner 'konspirativ mit Moskau und Ost-Berlin zusammengearbeitet' habe, so knüpft er nahtlos an die Unionskampagne der 70-iger Jahre an. Damals hieß es von Seiten der Union: Sozialisten schließen Bündnisse mit Verfassungsfeinden im Innern und verraten deutsche Interessen nach außen.

Diese Art von Politik, die darauf ausgerichtet ist, den politischen Gegner niederzumachen, fördert Politikverdrossenheit. Soll die SPD darauf mit einer Kampagne antworten, die die Unionsparteien mit dem Rechtsextremismus in Verbindung bringt? Fehler der Union sollten von der SPD nicht wiederholt werden! Es wäre falsch, die gegen die SPD-geführte Linksextremismus- und Terrorismusdiskussion der 70-iger Jahre, die jetzt offenbar fortgeführt werden soll, mit umgekehrtem Vorzeichen gegen die CDU/CSU zu richten, um sie in den 'Dunstkreis' des Rechtsextremismus zu bringen.

Eine derartige Strategie würde den Rechtsextremismus aufwerten und nicht etwa tabuisieren und damit unsere Demokratie belasten. Und das Wichtigste: Die Bürgerinnen und Bürger hät-

ten davon nichts. Sie erwarten, daß die Parteien einen sachlichen Streit um die beste Lösung ihrer Probleme führen. Sollten die Unionsparteien tatsächlich hoffen, mit einem solchen Wahlspektakel eigene Handlungsdefizite verdecken zu können, wird dies fatale Folgen haben, denn noch mehr Wähler werden den Wahlurnen fernbleiben oder in die Arme der Rechtsextremisten getrieben.

Die heute erneut vorgebrachten Verdächtigungen gegenüber der SPD waren einmal Teil der Unionskampagne für die sogenannte geistig-moralische Wende. Dazu gehörten noch andere Diffamierungen der SPD, an die in diesem Zusammenhang auch gleich erinnert werden muß, zum Beispiel die Behauptung: Sozialisten wollen die bürokratische Gängelung und Entmündigung der Bürger; Sozialisten können nicht mit Geld umgehen; Sozialisten sind "Gleichmacher". Ziel dieser Kampagne war es letztlich, den Abbau des Sozialstaates durchzusetzen.

Im Rückblick zeigt sich heute, daß es während der Regierungszeit Helmut Kohl keine geistig-moralische Wende zum Besseren gegeben hat, das Gegenteil ist der Fall. Der Zustand unseres Gemeinwesens gibt Anlaß zu großer Besorgnis. Arbeitslosigkeit, eine schlechte Verfassung unserer Wirtschaft, große soziale Ungerechtigkeiten, Wohnungsnot, steigende Alltagskriminalität und neue Kriminalitätsformen erfordern tatkräftiges Handeln und die Bündelung der Kräfte. Das rechtfertigt den dringenden Appell an die Unionsparteien, den jetzt eingeschlagenen Weg der Wahlkampfauseinandersetzung nicht fortzuführen.

(/20. Januar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Geschäfte machen mit der Not** **Das "Beschäftigungsprogramm" der Koalition**

**Von Hans Böttner MdB**  
**Vorsitzender des Arbeitnehmerflügels (AfA) der BayernSPD**

In Deutschland fehlen derzeit rund sechs Millionen Arbeitsplätze und die Bundesregierung bietet als Konzept an: Abbruch des Sozialstaates, Abbau der Arbeitnehmerrechte, Eingriff in die Tarifautonomie, Diebstahl aus der Arbeitslosenkasse durch den Staat.

CDU/CSU und FDP regieren seit über elf Jahren im Bund, die CSU seit über 36 Jahren in Bayern. Sie sind verantwortlich für den derzeitigen Zustand, in dem sich Deutschland befindet. Mit ihrem Schwindelprogramm unter dem Titel "Aktionsprogramm zur Belebung von Wirtschaft und Beschäftigung" versuchen sie sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien haben allein seit 1990 mehrstellige Milliardenbeträge aus den Beitragskassen der Renten und Arbeitslosenversicherung entgegen der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes in einem Maße zweckentfremdet, daß dies beinahe schon den Tatbestand des schweren Diebstahls erfüllt. Qualifizierte Arbeitnehmer, die dreißig Jahre und mehr gearbeitet und Beiträge gezahlt haben, und denen die Koalition bereits im letzten Jahr Versicherungsleistungen gekürzt hat, sollen nach den Plänen des Kabinetts künftig als Schuhputzer für Herrn Rexrodt und Co. arbeiten müssen, anstatt sich in Ruhe nach einem adäquaten Arbeitsplatz umsehen zu können. Die Damen und Herren in Kabinett und Regierung haben anscheinend vergessen: Arbeitslosengeld erhält nur, wer vorher gearbeitet und Beiträge gezahlt hat. Im Falle von Arbeitslosigkeit hat er Anspruch auf Versicherungsschutz und nicht auf Demütigung durch diejenigen, die ihm vorher seine Versicherungsgelder zweckentfremdet geklaut haben.

Unser geregeltes Arbeitsrecht und Tarifsystem war und ist Grundlage für den Wohlstand sowie die wirtschaftliche und demokratische Stabilität im Lande. Die Bundesregierung will dieses verlässliche System zerstören: Befristete Arbeitsverträge als Regel, der Handel mit Arbeitnehmern als Zielvorstellung sind weitere Zeichen einer konzept- und wertelosen Politik. Von der FDP hat man vielleicht nichts anders erwartet, daß aber auch aus den C-Parteien kein Widerspruch gegen diesen staatlichen Raubzug hörbar wird zeigt: Christliche Positionen haben bei CDU und CSU längst keinen Platz mehr, "Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital", so lauten sowohl die Kernaussagen der katholischen Soziallehre wie auch der evangelischen Sozialethik. Die Kernaussage des "Aktionsprogramms" der Koalition lautet: Geschäfte machen mit der Not!

(-/20. Januar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Jugend und Gewalt**

**Ein Hinweis auf ein Buch, das uns eine neue Kursbestimmung nahelegt**

**Von Professor Dr. Rolf Wernstedt  
Niedersächsischer Kultusminister**

Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen stehen seit geraumer Zeit im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen. Meistens dreht sich die Berichterstattung um die Probleme, die Jugendliche durch ihr Verhalten "hervorrufen". Weder die Frage, welche Probleme diese Jugendlichen selbst haben, noch welche Möglichkeiten es gibt, mit diesen Jugendlichen jenseits des Strafrechtes umzugehen, werden ausreichend erörtert.

Ein kürzlich erschienenenes Buch "Jugend und Gewalt" sucht hier Abhilfe zu schaffen. Umfassend wird die Problematik aus verschiedenen Sichtweisen heraus beleuchtet. Es kommen neben Sozialwissenschaftlern und Politikern (wie zum Beispiel Wolfgang Thierse zur Situation in Ostdeutschland) auch Praktiker der Jugendarbeit zu Wort. Als ein interessantes Instrument werden Projekte aus der sogenannten akzeptierenden Jugendarbeit vorgestellt. Mehrere Autoren, wie zum Beispiel der Bremer Hochschulprofessor Franz-Joseph Krafeld, loten Chancen und Grenzen dieses nicht unumstrittenen Ansatzes aus.

Im Mittelpunkt der akzeptierenden Jugendarbeit steht nicht der "Missionarsgedanke". Erfahrungen aus der Praxis zeigen, daß ein moralisch erhobener Zeigefinger oft kontraproduktiv wirkt. Akzeptierende Jugendarbeit will "gefährdete" Jugendliche und ihre Probleme ernst nehmen und Raum - im übertragenen Sinne wie im gegenständlichen Sinne - für sie schaffen.

Durch die Darstellung des organisierten Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus werden aber auch Grenzen der Jugendhilfe aufgezeigt. Deutlich wird: mit neuen Formen der Jugendarbeit wird nur ein Teil der Jugendlichen erreicht. Demagogen, Ideologieträger und Gewalttätigen Rechtsterroristen ist nur mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln, einer gesellschaftlichen Ächtung ihres Verhaltens, beizukommen.

Es wird klargestellt, daß es nicht eine entscheidende Ursache und eine alleinige Lösung für die genannten Phänomene gibt. Das Buch nennt zu Recht neue Wege in der Bildungs-, Sozial-, Medien- und Jugendpolitik.

Des weiteren gibt das Buch eine Bestandsaufnahme der Wählerpotentiale von Rechtsextremen insbesondere unter Jugendlichen, es gibt Interviews und Fallbeispiele, Kontaktadressen und Hinweise für die praktische Arbeit. Das Buch richtet sich an PolitikerInnen aus den Kommunen,

LehrerInnen und SozialarbeiterInnen. Ich halte dieses Buch für einen wichtigen Beitrag für eine neue Kursbestimmung im Umgang unserer Gesellschaft mit Jugendlichen.

(-/20. Januar 1994/rs/ks)

Jugend und Gewalt. Über den Umgang mit gewaltbereiten und rechtsextremen Jugendlichen, herausgegeben von Hubertus Heil/Muzafer Perik/Peter-Ulrich Wendt, Schüren, Presse-Verlag, Marburg 1993.

\*\*\*\*\*

**Die FDP triumphiert**  
**Wieder keine Senkung der Promillegrenze**

**Von Siegfried W. Scheffler MdB**  
**Stellvertretender verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Auf Betreiben der FDP ist zum wiederholten Mal die Beratung und Entscheidung über die Festlegung der Promillegrenze von der Tagesordnung abgesetzt worden. Und dies, obwohl selbst der Rechtsausschuß auf ein Votum des Verkehrsausschusses drängte.

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung mußte sich der Gesetzgeber über eine neue, für ganz Deutschland geltende Festlegung rasch verständigen, da nach dem Einigungsvertrag nur noch bis zum 31. Dezember 1992 auf dem Territorium der neuen Bundesländer ein absolutes Alkoholverbot bestand.

Wie schon in meinem Debattenbeitrag zur Verkehrssicherheit vom 5. Februar 1993 gefordert, hätte bis zu einer allgemein gültigen gesamtdeutschen Regelung die bestehende für die ehemalige DDR verlängert werden müssen.

Mit Blick auf eine anstehende Expertenanhörung vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages wurde dann im Februar letzten Jahres eine Herabsetzung auf 0,5 Promille von der Tagesordnung genommen und somit die Anhebung der Promillegrenze von 0,0 auf 0,8 eingeführt.

Die Ergebnisse dieser Expertenanhörung liegen seit sieben Monaten vor. Bis auf den ADAC haben sich alle Fachexperten für eine Senkung der Promillegrenze ausgesprochen.

Angesichts der steigenden Zahlen der Verkehrsunfälle unter Alkoholeinfluß in den neuen Bundesländern - durchschnittlich plus 11,7 Prozent seit der Einführung der 0,8 Promillegrenze - muß nun endlich die Senkung dieser erfolgen. Uns Abgeordneten kann sonst eine mittelbare Mitschuld an diesen Verkehrsunfällen nicht abgesprochen werden.

Die CDU-Bundestagsfraktion sollte im Interesse von Gesundheit und Leben Nachhilfeunterricht bei ihren Innenministern der neuen Bundesländer nehmen, die ebenfalls eine Senkung der Promillegrenze fordern.

Deshalb: Die schnellstmögliche Herabsetzung der Promillegrenze auf mindestens 0,5 Promille ist mehr als überfällig!

(-/20. Januar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*